

Aus dem Plenum und den Ausschüssen

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Unter das Motto „Krise überwinden – Zukunft für Thüringen sichern“ stellte Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) seine Regierungserklärung am 18. Juni 2009. Althaus fasste zum Ende der Legislaturperiode die Schwerpunkte seiner Politik zusammen und bewertete deren Resultate. „Thüringen hat sich zu einem beispielgebenden Familienland entwickelt. Beste Bildungsangebote, ein technologieorientierter Mittelstand, gut ausgebildete Fachkräfte, modernste Infrastruktur, innere Sicherheit, eine leistungsfähige Landwirtschaft, eine prägende Kultur und ein soziales Thürin-

gen beschreiben in Stichworten unsere Situation“, so Althaus. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dieter Hausold, warf Althaus eine Beschönigung seiner Regierungszeit vor: „Gerade auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Innovation, die die Wirtschaftskraft entscheidend beeinflusst, gibt es bisher keinen Grund, positive Bilanzen zu ziehen. Es besteht eine Alarmsituation für dieses Land.“ Christoph Matschie, SPD-Fraktionsvorsitzender, kritisierte eine fehlende Gesamtkonzeption für Thüringen: „Nach dieser Rede weiß niemand, welche Vorstellungen und Visionen Sie von

Thüringen haben. Wer alles zusammenhanglos nebeneinander stellt und keine Linie erkennen lässt, der zeigt nicht, wie er das Land zukünftig führen will.“ Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Mike Mohring, sprach der Regierung Althaus seine Anerkennung aus: „Im Namen der CDU-Fraktion danke ich dem Ministerpräsidenten für seine Regierungserklärung, weil sie gezeigt hat, dass Thüringen in den letzten fünf Jahren gut vorangekommen ist und dass der Freistaat sich auch in den nächsten fünf Jahren hervorragend weiterentwickeln kann.“



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

das vergangene Plenum läutete das Ende der 4. Legislaturperiode ein. In insgesamt 108 Plenarsitzungen beriet das Parlament 193 Gesetzentwürfe, von denen 119 verabschiedet wurden. Im Vergleich zu den vergangenen Wahlperioden stellten die Abgeordneten bei der Zahl der Anfragen an die Landesregierung einen neuen Rekord auf: insgesamt gab es 3.836 Mündliche, Kleine und Große Anfragen.

Nun blicken wir gespannt auf die Landtagswahl am 30. August 2009. Mein Appell: Geben Sie Ihre Stimme ab! Wir feiern in diesem Jahr das 20. Jubiläum der friedlichen Revolution. Gerade mit Blick auf dieses Ereignis gilt: Die Demokratie, die wir gemeinsam errungen haben, lebt von der Beteiligung ihrer Bürger!

Ihre

Oaymar Schjorsh

Berichte von Untersuchungsausschüssen beraten

Die Berichte zweier Untersuchungsausschüsse wurden in der Plenarsitzung vom 19. Juni 2009 vorgestellt und beraten. Der Untersuchungsausschuss 4/1 „Möglicher Missbrauch von öffentlichen Mitteln und mutmaßliche unzulässige Subventionierung durch den Freistaat Thüringen zur Errichtung des Kongress-Hotels Suhl sowie des Dom-Hotels in Erfurt und dessen Betreuung“ hatte sich am 1. März 2005 konstituiert. Die Untersuchung der Hotelförderung durch die Thüringer Aufbaubank ergab, dass das damalige Förderverfahren „ECH Suhl“ rechtlich nicht zu bean-

standen war, allerdings Investor und Generalübernehmer des Kongress-Hotels Suhl verschwistert waren und die Bearbeitung des Förderfalles in der TAB dieser Besonderheit nicht gerecht geworden ist. Zur künftigen Vermeidung solcher Fälle wurde das Förderverfahren bereits während des laufenden Untersuchungsverfahrens geändert. Die Untersuchung hinsichtlich des Dom-Hotels soll in Kürze abgeschlossen werden. Mit Beschluss vom 9. Dezember 2005 hatte der Thüringer Landtag den Untersuchungsausschuss 4/3 zur Prüfung möglichen Fehlverhaltens des Frei-

staats als Mehrheitsgesellschafter der Flughafen Erfurt GmbH bei Ausbau und Förderung des Flughafens eingesetzt. Der Erfurter Flughafen ist seit 1995 vollständig in der Hand des Freistaats und der Stadt Erfurt. Im Plenum am 19. Juni 2009 resümierte die Ausschussvorsitzende Sabine Doht (SPD) in ihrem Bericht die Konsequenzen aus der lange Zeit unentdeckten Fälschung von Passagierzahlen durch den Geschäftsführer, der im Dezember 2008 durch das Landgericht Mühlhausen zu 2 Jahren und 8 Monaten Haft verurteilt worden war.

Bildungsausschuss

Am 23. April 2009 wurde der Bericht des Bildungsausschusses (Drucksache 4/5135) zu der Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung zu der Thematik „Bildungsverantwortung für Kindergärten und Schulen“ (Drucksachen 4/2565/2990) in der 49. Sitzung des Bildungsausschusses abschließend beraten. Auf insgesamt 94 Seiten gibt der Bericht Auskunft zu den Beratungsschwerpunkten „Qualitätsentwicklung und -sicherung an Schulen“, „Personalentwicklung“, „Integration

und Förderung“, „Entwicklung ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote“ und spiegelt auch die Ergebnisse der im Mai 2008 durchgeführten Informationsreise nach Finnland wider; der Beratungszeitraum erstreckte sich vom 6. September 2007 bis zum 23. April 2009. In der 107. Plenarsitzung am 8. Mai 2009 wurde zu dem Bericht des Bildungsausschusses auch im Landtag beraten. Der Bericht enthält zudem allgemeine Schlussfolgerungen, in denen zu den vier o.g. Beratungsschwerpunkten empfoh-

len wird, in den nächsten Jahren Lösungsansätze für die Thüringer Bildungspolitik zu entwickeln bzw. bestehende Konzepte fortzuentwickeln. Die Fraktionen der CDU und SPD formulierten darüber hinaus weitere Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Der Bericht kann auf der Internetseite des Thüringer Landtags in der Parlamentsdokumentation unter: <http://www.parldok.thueringen.de/parldok/> unter der Angabe der Drucksachennummer 4/5135 eingesehen werden.

Umweltausschuss

„Mit dem einstimmigen Beschluss des Umweltausschusses wurde die Schutzzone 1 des Nationalparks Hainich auf 75% seiner Gesamtfläche ausgedehnt. Diese Fläche ist damit weitgehend frei von menschlichem Einfluss. Der Hainich erreicht so internationale Qualitätsstandards“, erklärte Ausschussvorsitzender Tilo Kummer (DIE LINKE) nach der Sitzung am 29. Mai 2009. Diese Änderung der Verordnung zum Nationalpark Hainich ist gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Hainich Bestandteil eines möglichen Weltkulturerbes deutscher Buchenwälder werden kann.

Politik Transparent - 12.000 Besucher beim Tag der offenen Tür im Landtag Rekordbeteiligung von rund 200 Ausstellern

„Der diesjährige Tag der offenen Tür war eine Veranstaltung mit Rekordbeteiligung“, konnte Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski bilanzieren. „Noch nie gab es so viele Aussteller: 196 Parteien, Verbände und Vereine präsentierten sich mit Info-Ständen. Das waren rund 50 Aussteller

mehr als 2008.“ Dank des breiten Angebots, sicher aber auch wegen des guten Wetters fanden rund 12.000 Besucher am 13. Juni den Weg in die Jürgen-Fuchs-Straße, um sich politisch zu informieren und sich von einem bunten Programm unterhalten zu lassen.

Unter dem Motto „Parlament transparent“ öffnete der Landtag seine Türen und ermöglichte interessierten Bürgern einen Blick hinter die Kulissen. Abgeordnete aller Fraktionen beantworteten Fragen, und die Landtagsverwaltung erklärte die Abläufe im Parlament. Mitglieder des Petitionsausschusses standen für Gespräche zur Verfügung, wenn Bürger sich von staatlichen Stel-



len ungerecht behandelt fühlten. Bei Führungen durch das Landtagsgebäude konnte neben dem Plenarsaal auch das Büro der Landtagspräsidentin besichtigt werden. Auf zwei Bühnen wurde dem ganzen Tag über Programm geboten. Thüringer Schülerinnen und Schüler stellten im Redewettbewerb „Jugend im

Parlament“ ihre rhetorischen Fähigkeiten unter Beweis. Im Plenarsaal konnten sie unter den Augen einer fachkundigen Jury zu einem selbst gewählten Thema sprechen.

Dabei belegte Fabian Neumeister vom Evangelischen Ratsgymnasium Erfurt mit dem Thema „Jugend im Parlament“ den ersten Platz. Er forderte ein Rederecht für Jugendliche im Rahmen der regulären Plenarsitzungen des Landtags.



Aktiver Partner des Landtags beim Tag der offenen Tür ist der Landessportbund. In diesem Jahr am Stand der Fördergruppe der Bundeswehr Oberhof: Olympiasiegerin und Weltmeisterin im Biathlon Kati Wilhelm.

CDU

CDU-Fraktion beschließt Beitragsbegrenzungsgesetz

Gesetz sichert Beiträge im Abwasserbereich nach tatsächlichen Nutzungsverhältnissen

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag hat einstimmig das angekündigte Beitragsbegrenzungsgesetz auf den Weg gebracht. Mit dem Gesetz soll nach Angaben des Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring sichergestellt werden, dass Beiträge auch in Zukunft nur nach den tatsächlichen baulichen Nutzungsverhältnissen erhoben werden, so wie es die CDU vor den Landtagswahlen 2004 zugesichert und zu Beginn der laufenden Legislaturperiode gesetzlich fixiert hat. Die jetzt erforderliche Änderung geht auf eine Entscheidung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 23. April 2009 zurück.

Mit der Novelle des KAG im Jahr 2004 ist die Beitragspflicht für unbebaute und nicht angeschlossene Grundstücke ausgeschlossen und für bebaute übergroße Grundstücke begrenzt worden, um die Eigentümer vor einer finanziellen Überforderung zu schützen. „Damit sind wir im Wort, und bei dieser Privilegierung bleibt

es“, sagte Mohring. Die Privilegierungsfälle betreffen rund ein Viertel des Beitragsvolumens. Wie der Fraktionsvorsitzende, der auch haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion ist, ausführte, lassen sich die Mehrkosten für die

stücke angeschlossen werden“, so der Vorsitzende. Wie er weiter ausführte, greifen die Privilegierungstatbestände künftig für die erstmalige Herstellung einer Abwassereinrichtung. Mohring begründet dies mit den teilungsbedingten Lasten.



Tilgungsleistungen auf rund 11 Mio. beziffern. „Die weiteren Ausgaben hängen letztlich davon ab, in welchen Zeiträumen die Abwasserentsorgung weiter ausgebaut und Grund-

„In die Abwasserentsorgung ist in der DDR Jahrzehnte nicht investiert worden. Es gab einen enormen Investitionsstau, der allmählich abgearbeitet wird. Letztlich geht es da-

Die CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72206
Fax: 0361 37 72520
www.thl-cdu.de

rum Lebensverhältnisse herzustellen, die denen in den alten Ländern gleichwertig sind. Dafür können aber nicht alleine die Eigentümer der oft großen ländlichen Grundstücke zahlen. Eine Privilegierung auf Dauer wäre allerdings nicht angemessen.“

Die CDU-Fraktion hat beim Gesetzentwurf auch die kostendämpfenden Potentiale und die Zukunft im Blick. Die Aufgabenträger müssen für die geplanten Abwasseranlagen nachweisen, dass den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit in besonderer Weise Rechnung getragen wird. Dabei muss die demographische Entwicklung im Verbandsgebiet und die Notwendigkeit weiterer Investitionen berücksichtigt werden. „Die Anlagen dürfen nicht über das technisch und demographisch notwendige Maß hinausgehen“, so Mohring abschließend.

Bildungsstreik tausender Thüringer Schüler und Studenten

Den „Bildungsstreik für bessere Lernbedingungen an Schulen und Hochschulen“ hatte die Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE ausdrücklich unterstützt. Die Protestaktionen – eine Demonstration führte auch zum Thüringer Landtag (unser Foto) – seien Beleg dafür, dass „dieses Bildungssystem nicht mehr den Anforderungen entspricht. Studierende fordern seit Jahren die Gebührenfreiheit der Bildung. Gebühren jedweder



Art schließen Menschen vom Zugang zu Bildung aus“, kri-

tisierte MdL Susanne Hennig. „Gute Lernbedingungen sind

das A und O eines zukunftsfähigen Bildungssystems. Dass in den letzten 15 Jahren 50.000 Schüler keinen Schulabschluss erreichten, ist ein deutlicher Beleg dafür, dass das jetzige Schulsystem dringend verändert werden muss. Dazu gehört, das sozial selektive Bildungssystem endlich zu überwinden und auch in der Hochschulpolitik umzusteuern“, forderte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Karin Kaschuba.

Zu wenige Erzieherinnen müssen zu viele Kinder betreuen

Das Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik in Thüringen, das gerade seine erste Hürde genommen hat, war auch beim Bühnenprogramm der LINKEN zum Tag der offenen Tür ein wichtiges Thema. Moderator Ali Fröhlich war im Gespräch mit der Familienpolitikerin der Fraktion, Margit Jung, sowie dem Sprecher des Bündnisses für eine bessere Familienpolitik und Spitzenkandidaten der Thüringer LINKEN zu

den Bundestagswahlen, Ralph Lenkert (l.). Erneut wurde deutlich: Zu wenige Erzieherinnen müssen zu viele Kinder betreuen, haben wenig Zeit für die Umsetzung des Bildungsplans und für Elterngespräche. Erzieherinnen leiden unter der hohen Arbeitsbelastung, werden drastisch unterbezahlt, und viele von ihnen werden durch

die starken Belastungen des Berufsalltags krank.



CDU hat nichts gelernt aus Geschichte

„Der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring hat den Grundkonsens der Demokraten in Thüringen gegen die Bedrohung durch den Rechtsextremismus offen aufgekündigt“, sagte Dieter Hausold, Fraktionschef der LINKEN. Mohring hatte ein gemeinsames Vorgehen der im Landtag vertretenen Parteien abgelehnt. Die CDU nehme mit dieser Entscheidung die 2006 im Landtag verabschiedete „Initiative für Demokratie und Toleranz, gegen Extremismus und Gewalt“ zurück und sende damit ein fatales Signal in die Gesellschaft, „die zu Recht ein Zusammenstehen der demokratischen Parteien Thüringens erwartet“, betonte Hausold. „Die CDU hat offensichtlich aus der Geschichte nichts gelernt.“

Döring: Verständnis für Streik von Schülern und Studenten

Die SPD-Landtagsfraktion hat den bundesweiten Bildungsstreik unterstützt. SPD-Bildungspolitiker Hans-Jürgen Döring demonstrierte deshalb gemeinsam mit Studenten und Schülern in Erfurt. „Die jungen Leute sollen wissen, dass wir ihre Forderungen sehr ernst nehmen“, sagte Döring vor der Demonstration. Er erinnerte daran, dass die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag die Missstände im Thüringer Bildungssystem immer wieder thematisiert hatte. „Unsere Antwort auf die derzeit praktizierte frühe Trennung der Kinder ab Klasse 4 ist die Gemeinschaftsschule. Dort sollen die Kinder bis Klasse acht zusammen lernen und individuell betreut werden“, sagt Döring. Die SPD-Fraktion habe sich zudem von Anfang an vehement gegen die Einführung von Studiengebühren in Thüringen und für die Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags ausgesprochen.

Senioren wollen Alternativen zum Altenheim

SPD-Fraktion will mehr Mitsprache für alte Menschen

Mehr Postfilialen, bezahlbare und gute Wohnungen für ältere und alte Menschen und noch besser arbeitende Seniorenbüros – die Liste von Vorschlägen für eine gute Seniorenpolitik in Thüringen ist lang. Vertreter von Seniorenbeiräten aus allen Teilen Thüringens waren auf Einladung der SPD-Fraktion Anfang Juni nach Erfurt gekommen, um über Schwerpunkte für eine gelungene Seniorenpolitik zu diskutieren. Während der lebhaften Debatte wurde deutlich, dass die Gruppe der Senioren beileibe nicht so homogen ist wie allgemein angenommen. Schon knapp über 50-Jährige werden heute dazu gezählt. Dies war Anlass für die Vertreter der Seniorenbeiräte daran zu erinnern, dass Senioren heute viele Jahre aktiv am

gesellschaftlichen Leben teilnehmen und Altenheime möglicherweise keine zeitgemäße Form mehr sind, den Lebensabend zu verbringen. „Kleine und bezahlbare Wohnungen“ forderte beispielsweise Natalie Fuckel aus Eisenach, die darauf hinwies, dass in der kreisfreien Stadt bereits heute über



Der seniorenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, David Eckardt, im Gespräch mit Ernst Werner aus Jena von der AG 60 plus.

30 Prozent der Bewohner älter als 60 Jahre sind. Fuckel regte an, dass die Städte kontinuierlich Fördermittel für seniorengerechten Wohnraum zur Verfügung stellen – und zwar unabhängig von deren Haushaltslage.

SPD-Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie sprach sich für eine baldige Renteangleichung in Ost und West aus. Drängende Probleme seien zudem die Sicherheit im öffentlichen Raum und die Frage einer guten medizinischen Versorgung auf dem Land. Beides sei für alte Menschen essentiell. David Eckardt, der seniorenpolitische Sprecher der Fraktion, sagte am Ende der Veranstaltung: „Wir nehmen die Anregungen auf und werden sie in politisches Handeln umsetzen.“

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
E-Mail: buergerbeauftragte@landtag.thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
E-Mail: tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
E-Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de
www.thueringen.de/datenschutz

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint monatlich in Form eines Newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl über den Postweg als auch über E-Mail möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier bestellen möchten, schreiben Sie uns eine E-Mail an:

Pressestelle@Landtag.Thueringen.de

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004



www.thueringer-landtag.de

Die Bürgerbeauftragte

Die Bürgerinnen und Bürger informieren sich

Die Bürgerbeauftragte war im Juni 2009 mit einem Informationsstand sowohl zum „Tag der offenen Tür“ im Thüringer Landtag am 13.06.2009 als



„Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag“

auch am 19.06.2009 zum „Thüringentag“ in Greiz vertreten.



„Thüringentag“ in Greiz

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nutzten wieder diese Gelegenheit, mit der Bürgerbeauftragten ins Gespräch zu kommen. Neben allgemeinen

Anfragen wurden auch konkrete Anliegen vorgetragen, welcher sich die Bürgerbeauftragte annimmt. In jedem Fall erhalten die Bürger eine Auskunft. Mehrfach wurde von den jeweiligen Bürgerinnen und Bürger erklärt, dass die Institution der Bürgerbeauftragten sehr hilfreich sei und deren Einrichtung begrüßt werde.

Die Bürgersprechstunden in der Dienststelle in Erfurt und die auswärtigen Sprechstage sind im Internet unter www.bueb.thueringen.de veröffentlicht.

Darüber hinaus sind nach Absprache (Tel.: 0361/3771871) auch anderweitige Termine möglich.

Der Datenschutzbeauftragte

Ihre Ansprechpartner bei Datenschutzfragen

Immer wiederkehrend erhält der TlFD außerhalb seines Zuständigkeitsbereiches liegende Anfragen zum Datenschutz. Zur Wahl des richtigen Ansprechpartners sind deshalb nachfolgend die zuständigen Datenschutzkontrollorgane zusammengestellt:

Die Landesdatenschutzbeauftragten der Bundesländer sind die Adressaten, wenn es um den Datenschutz im Bereich der Verwaltungen und Gemeinden der Länder geht (Thüringen: Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz).

Für Datenschutzfragen bei Bundesbehörden (z. B. Bundeskriminalamt) sowie Post- und Telekommunikationsunternehmen (z. B. Telekom) und privaten Unternehmen ist der Bundesbeauftragte für den Daten-

schutz und die Informationsfreiheit (Husarenstr. 30, 53117 Bonn, T. 01888/77990, poststelle@bfdi.bund.de) zuständig.

Die Aufsichtsbehörden für den nicht öffentlichen Bereich sind der richtige Ansprechpartner, wenn es um Datenschutzbelange im privaten Wirtschaftsbereich (z. B. Unternehmen, Verbände) geht. Die örtliche Zuständigkeit wird dabei durch den Sitz der nicht öffentlichen Stelle bestimmt (Thüringen: Thüringer Landesverwaltungsamt, Weimarpl. 4, Referat 200, 99423 Weimar, T. 0361/37737299, poststelle@lvwa.thueringen.de). Beschwerden im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (z. B. über die GEZ) sollten an den Rundfunkdatenschutzbeauftragten der jeweiligen Sendeanstalt gerichtet wer-

den (Datenschutzbeauftragter MDR: Kantstr. 71-73, 04360 Leipzig, T. 0341/3007508, Ralf.Lehmann@mdr.de).

Die Evangelische und die Katholische Kirche haben eigene Datenschutzbeauftragte (Evangelische Kirche Mitteldeutschland: Kirchenamt der EKM, Dr.-Moritz-Mitzenheim-Str. 2a, 99817 Eisenach, T. 03691/678350, Kirchenamt.Eisenach@ekmd.de; Katholische Kirche: Bistum Erfurt, Herrmannspl. 9, 99084 Erfurt, T. 0361/6572291, rechtsabteilung@Bistum-Erfurt.de).

Eine Übersicht über die Datenschutzinstitutionen finden Sie auch auf dem gemeinsam von den Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder betriebenen Internetportal „Virtuelles Datenschutzbüro“ (www.datenschutz.de/institutionen).

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Sommeröffnungszeiten Andreasstraße 2009

18. Juni bis 15. September
Donnerstag bis Sonntag
14 bis 20 Uhr geöffnet

Veranstaltungen:

27. Juni, 18.00 Uhr, Freiheit e.V. AUSKÜNFT - Thüringer Künstler in der Andreasstraße
Gernot Ehrsam, Gert Weber
Andreas Brinkel, Harald Lange
10. Juli, 19.30 Uhr, TLStU
Die gekaufte Freiheit
Der Freikauf von politischen Häftlingen aus der DDR
Hendrik von Quillfeldt, MA., Berlin

24. Juli, 19.00 Uhr, TLStU
Nachtstaub und Klopfeichen oder Die Akte Robert
Karsten Dümmel, Hamburg
11. August, 19.00 Uhr, OFB Projektentwicklung GmbH
Umbauen – Umnutzen - Sanieren
Was wird aus der Andreasstraße?
Präsentation der Baupläne
Ralph Holeschovsky
13. August, 19.00 Uhr, KAS
„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen.“ - Die Todesopfer an der Berliner Mauer
Dr. Udo Baron, Historiker
Moderation: Dr. Uwe Hillmer

28. August, 19.00 Uhr, Landeszentrale für politische Bildung
„Das muss Sie gar nicht interessieren!“ Erzählabend mit Videos
Christian KUNO Kuhnert (RENFT/Pannach&Kunert)
11. Sept., 19.00 Uhr, Freiheit e.V.
Augenzeugen - der Herbst 1989 in Thüringen. Filme und Menschen
Margot Friedrich, Diözesanarchiv Erfurt
26. Sept. 14.00 Uhr
Ökumenischer Gottesdienst
Joachim Heise, Hildigund Neubert, Pfr. Plicht, Dompfr. Neudert